

Willkommen in Berlin

Mit den Touristen ist das so eine Sache. Warum können nicht Rollkoffer mit leisen Gummirädern hergestellt werden? Die Hartplastikteile verursachen ein nerviges Geräusch, wenn Berlinbesucher mit ihren Koffern über das Kopfsteinpflaster poltern. Das ist nicht der einzige Grund, weshalb uns Touristen nerven. Überall sind sie, bilden lange Schlangen an den Museumseingängen, wo wir Einheimischen auch gerade mal reinwollten, besetzen die Plätze in unseren Lieblingslokalen, und so weiter. Also all das, was wir auch veranstalten, wenn wir andere Städte besuchen und die dortigen Einwohner nerven.

Aber: Tourismus ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der unsere klamme Stadtkasse füllt, sondern auch ein Zeichen für Internationalität, auf die wir so stolz sind. Sich gegenseitig besuchen zu können, ist ein großes Privileg demokratischer Staaten. In Diktaturen sollte man nicht unterwegs sein, weil einen schon kleinste Anlässe ins Gefängnis bringen können.

Wir sollten einiges tun, damit Besucher aus aller Welt weiterhin Berlin attraktiv finden und es sich auch leisten können. Es ist nicht so, dass die Leute im Urlaub den eigenen Kontostand ausblenden.

Warum kommen die Menschen zu uns? Natürlich wegen der Kultur, die gerade mächtig rasiert wurde. Wer Baustellen und durch Poller abgetrennte Fahrradstreifen mag, ist in Berlin richtig, aber, wem gefällt das schon. Bei der Konsolidierung des Haushalts schauen Senat und Abgeordnetenhaus nicht nur auf die Ausgabenseite, sondern auch darauf, wie noch mehr Geld generiert werden kann.

So hat das Abgeordnetenhaus gestern beschlossen, die Übernachtungssteuer (City Tax) zum 1. Januar 2025 von bisher 5 auf 7,5 Prozent zu erhöhen. Der Hotel- und Gastronomieverband Berlin e.V. (DEHOGA Berlin) äußert massive Kritik an dieser Entscheidung und warnt vor einschneidenden, langfristigen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit Berlins als Tourismus- und Kongressstandort.

„Die Erhöhung der City Tax bedeutet für die Berliner Hotellerie eine erhebliche wirtschaftliche Belastung und stellt aufgrund der extremen Kurzfristigkeit (ab 20.12. bleiben 4–5 Arbeitstage) eine kaum zu bewältigende organisatorische Herausforderung dar: Die Betriebe sind gezwungen, ihre Preisstrukturen anzupassen, Buchungs- und Abrechnungssysteme zu aktualisieren und ihre Gäste entsprechend zu informie-

ren – und das mitten in der Hochphase des Jahreswechsels. Leitfäden der Senatsverwaltung für Finanzen für die Umsetzung stehen noch nicht zur Verfügung.



*„Für uns ist es absolut unverständlich, dass die Betroffenen nicht frühzeitig eingebunden wurden“, kritisiert **Gerrit Buchhorn**, Hauptgeschäftsführer des DEHOGA Berlin. „Politik und Verwaltung wissen nicht, wie die Situation in den Betrieben aussieht und wie komplex die Abläufe in einem Hotelbetrieb sind. Sonst wäre die Entscheidung vielleicht anders ausgefallen.“*

Der DEHOGA Berlin warnt vor spürbaren negativen Folgen der Steuererhöhung. Höhere Übernachtungskosten werden insbesondere preissensible Gäste abschrecken und dazu führen, dass sie alternative Reiseziele wählen. Dies gefährdet nicht nur die Hotellerie, sondern trifft auch die gesamte Berliner Wirtschaft – insbesondere Gastronomie, Einzelhandel und Kulturbetriebe.

Der DEHOGA Berlin kritisiert, dass die Entscheidung ohne ausreichende Konsultation der betroffenen Branche im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens getroffen wurde. Es gilt der alte Spruch: Betroffene bei Entscheidungen mit einzubeziehen, hält nur auf.

Seit September 2024 hat der Verband sowohl seine Bedenken als auch konstruktive Alternativvorschläge zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen – darunter die Ausweitung der Außengastronomie oder zusätzliche Sonntagsöffnungen – mehrfach schriftlich gegenüber dem Regierenden Bürgermeister und Senatsmitgliedern geäußert. Ebenso wurde vorgeschlagen, die letzte Anpassung des Gesetzes vom 1. April 2024 zunächst zu evaluieren, bevor über eine erneute Erhöhung gesprochen wird.

Auch beim Runden Tisch Tourismus am 10. Dezember 2024 wurde die geplante Steuererhöhung seitens des Branchenverbandes eindringlich thematisiert. Die vorgetragenen Bedenken fanden jedoch kaum Beachtung.

„Diese und andere Maßnahmen gefährden nicht nur einzelne Unternehmen, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität Berlins als Tourismusdestination“, so Buchhorn abschließend. „Der Verband wird rechtliche Schritte gegen die kurzfristige Erhöhung der City Tax prüfen und gegebenenfalls einleiten.“

Willkommen in Berlin, aber bitte nicht vergessen, genügend Geld mitzubringen.

Ed Koch

Quelle und Foto: DEHOGA